

# Vom Janus-Gesicht der Intervention

Der Grazer Sozialpädagoge Joachim Hainzl über Notwendigkeit und Grenzen von Einmischung im öffentlichen Raum.

Das Gespräch führte Hans Peter Grab.



FOTO: JOACHIM HAINZL

während sich am gleichen Platz bei volkstümlichen, subventionierten Events Steirer in Dirndl und Trachtenanzug hemmungslos besaufen können – das geht mit meinem Gerechtigkeitsinn nicht zusammen. Gleiches gilt für alle Bereiche, in denen bestimmte gesellschaftliche Gruppen stigmatisiert, marginalisiert bzw. ausgegrenzt werden wie z.B. bettelnde Menschen, Punks, oder Jugendliche.

**Kranich: Gibt es Ihrer Einschätzung nach ein Zuviel oder eher ein Zuwenig an BürgerInnen-Intervention im öffentlichen Raum?**

Hainzl: Die Stadt ist ein räumlich begrenztes Gebilde, das zur selben Zeit von Menschen mit unterschiedlichen und teilweise sich gegenseitig störenden Bedürfnissen genutzt wird. So unbefriedigend das sein mag – bei vielen Konflikten kann es darum nur Kompromisslösungen geben. Wer gerne an einem warmen Sommerabend noch länger als erlaubt im Schanigarten zusammensitzen und sich gut unterhalten möchte, versteht dann nicht, warum das ein Problem sein soll. Wenn man dann etwas später im Bett liegt und unter dem Fenster Leute sich lachend und bei lauter Musik unterhalten, kann das gleiche Handeln plötzlich als störend empfunden werden. So verhält es sich bei vielen Themen, wie Autolärm, Kinder in Wohnanlagen, Sport- und Musikveranstaltungen etc. Ich finde es daher wichtig, dass sich BürgerInnen für ihre Interessen einsetzen – wenn dann die Politik ihre Aufgabe im Sinne eines Interessenausgleichs wahrnimmt. Es kann nicht sein, dass es bloß zu Verlagerungen kommt bzw. bestimmte Gruppen ohne Lobby unter die Räder kommen. Das betrifft z.B. aktuell die Ablehnung des Erstaufnahmezentrums für AsylwerberInnen in Eberau oder BürgerInneninitiativen gegen Obdachlosenunterkünfte oder Moscheen. Gerade etwa bei der Frage eines verfassungsmäßig garantierten Moscheebaus hat z.B. eine BürgerInneninitiative gegen einen Bau oder ängstliche Politiker nichts verloren.

**„Bei Fragen, die Menschenrechte oder die Rechte von Minderheiten betreffen, haben Plebiszite nichts verloren.“ meint Joachim Hainzl.**

**Kranich: Joachim Hainzl, Sie beschäftigen sich in Ihrer Arbeit intensiv mit der Frage „Intervention im öffentlichen Raum“. Welche Rolle spielt dabei der Aspekt der Zivilcourage.**

Hainzl: Es gibt zwei wichtige Aspekte von Zivilcourage. Der eine betrifft Situationen, in denen ich im öffentlichen Raum einzugreifen versuche, wenn jemand in physischer Not meiner Unterstützung bedarf. Dabei steht der Eigenschutz an vorderster Stelle. Dann gibt es für mich die Pflicht, bei rassistischen Handlungen und anderen Menschenrechtsverletzungen nicht wegzuschauen – z.B. wenn jemand in der Straßenbahn beschimpft oder ein Kind im Kaufhaus geschlagen wird. Weiters gibt es jenen großen Bereich von Handlungen, in denen sich jemand meiner

Meinung nach übergebührend Rechte gegenüber anderen NutzerInnen herausnimmt. Das ist dann jener Bereich, wo man bei sich selber sehr aufpassen muss, dass man nicht zum I-Tüpferl-Reiter wird. Wenn ich mich etwa über einen Autofahrer aufrege, der den Radweg verparkt, dann sollte ich mir klar sein, dass ich selbst vor einigen Tagen verbotenerweise durch den Park gerdelt bin.

**Kranich: Welche Rolle fällt da der Kommunalpolitik zu?**

Hainzl: Bei vielen meiner Interventionen melde ich mich hinsichtlich des politischen und behördlichen Umgangs mit dem öffentlichen Raum zu Wort. Dass z.B. die lokale und regionale Politik den Grazer Hauptplatzbrunnen zur Alkoholverbotzone erklärt,